



**In der Energiekrise solidarisch sein.**

**Sicherheit und Perspektive für alle.**

### **Positionspapier der SPD Darmstadt**

Viele Bürgerinnen und Bürger stellen sich vor dem Hintergrund des fürchterlichen Angriffskriegs auf die Ukraine und der massiv ansteigenden Energie- und Lebenshaltungskosten existentielle Fragen: Muss ich im Winter frieren? Wie bezahle ich die Nachzahlung? Kann ich meine Wohnung behalten? Kann ich meinen Lebensstandard aufrechterhalten oder droht mir der soziale Abstieg?

Die bittere Wahrheit ist: Wir müssen weiterhin mit einem Anstieg um das Zwei- bis Dreifache der Energiekosten rechnen. Die Preise am Energiemarkt schießen weiter in die Höhe und werden sukzessive an uns Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben.

#### **Die Energiepreiskrise ist sozialer Brennstoff**

Nebenkosten-Nachzahlungen in Höhe von bis zu zwei Monatsmieten überfordern die finanziellen Möglichkeiten vieler – geschätzt 20 Prozent der Bevölkerung können keine Rücklagen bilden oder sind schon verschuldet. Für sie bleibt nur Verzicht, die Kürzung anderer Ausgaben oder die Verschuldung und das heißt: Ein Verlust an Lebensqualität. Nachzahlungen, oft von mehreren tausend Euro, führen zu Abstrichen bis weit in die Mittelschicht hinein. Die Menschen reduzieren ihren hart verdienten Urlaub, verschieben geplante Investitionen wie den Austausch von Fenstern und fahren ihren Konsum herunter. Schon heute sind die Einzelhandelsumsätze um fast zehn Prozent eingebrochen.

Der kleine Wohlstand unserer Freunde, Nachbarn und Familienmitglieder schmilzt durch die Krise unverschuldet ab. Gleichzeitig erwirtschaften die großen Energie- und Ölkonzerne zusätzliche Gewinne in Milliardenhöhe und schütten diese an ihre Aktionäre aus. Wie so oft werden Gewinne privatisiert und Verluste auf die Allgemeinheit umgelegt – das zeigen erneut Uniper-Rettung und Gasumlage.

Innerhalb weniger Wochen und Monate brauchen wir neben Energieeinsparungen dringend Maßnahmen, um soziale Härten auszugleichen. Außerdem müssen wir raus aus der Abhängigkeit von fossilen Energien wie Öl, Erdgas und Kohle. Gerade im Gebäudesektor gibt es große Einsparpotentiale: Wir brauchen bessere Wärmedämmung der Gebäude, Wärmepumpen und ein besseres Fernwärmenetz.

Was passiert stattdessen? Das grün-geführte Wirtschaftsministerium und das FDP-geführte Finanzministerium streichen die Subventionen für die Neubauförderung und verzichten auf eine deutliche Steigerung der Mittel für die Gebäudesanierung – ein fatales Signal. Die Gewerkschaft IG Bau sprach von einer „energiepolitischen Blutgrätsche“. Der Bundeswirtschaftsminister fordert von der Bevölkerung, die Raumtemperatur herunterzudrehen. Gleichzeitig kürzt er Mittel, die das Heizen effizienter machen. Das bestraft diejenigen, die bereit sind, viel eigenes Geld zu investieren.



## Klimaschutz braucht soziale Absicherung

Wir müssen die soziale Dimension in unseren Nachhaltigkeitskonzepten und damit die Bezahlbarkeit von Strom und Heizung gleichrangig in den Blick nehmen. In den letzten Jahren setzt die Politik im Energie- und Klimabereich immer höhere Ziele. Das ist richtig und muss unbedingt erreicht werden. Doch ambitionierte Ziele allein lösen keines der vielfältigen Umsetzungsprobleme: Woher kommt das Baumaterial? Woher kommen die Fachkräfte? Außerdem bleibt die Frage, wer die Mehrbelastungen bezahlt, unbeantwortet.

Auf der einen Seite stehen diejenigen, die sehr harte und ambitioniertere Ziele fordern, ohne an die soziale Absicherung zu denken. Wir sind auf der anderen Seite der Überzeugung, dass die bedingungslose Einhaltung der Klimaziele ausschließlich unter Berücksichtigung der sozialen Frage gelingen kann. Maßnahmen für das Klima dürfen niemanden arm machen.

## Der gesamte Transformationsprozess wird in Frage gestellt

Problematisch ist das nicht nur für die sozialpolitische Perspektive: Uns droht ein Verlust an Akzeptanz für den vor uns liegenden Transformationsprozess von Wirtschaft und Gesellschaft. Schon heute stellen Konservative und Populisten klimapolitische Zielvorgaben in Frage. Wir brauchen keine Aufweichung der Ziele. Im Gegenteil: Wir müssen sie noch entschlossener angehen. Wir brauchen den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und der Stromnetze, den Bezug der Energie aus verschiedenen Quellen und mehr Fokus auf Zukunftstechnologien wie Wasserstoff. Nur so schaffen wir es, die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten zu reduzieren, die Energiepreise nachhaltig zu senken und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Mittelstands zu erhalten.

Keine Frage: Der Weg dahin ist lang und wir brauchen jetzt Lösungen. Auf Bundesebene wurden bereits vielschichtige Entlastungspakete für viel Geld geschnürt. Dazu zählen das 9-Euro-Ticket, die 300-Euro-Energiepauschale oder der Tankrabatt. Produzierendes Gewerbe und Industrie haben umfassende Unterstützung und Ausgleichszahlungen für die gestiegenen Energiekosten erhalten.

Das „Gießkannenprinzip“ ist aber ungerecht. Es hilft auch Gutverdienenden, die sich Mehrausgaben locker leisten können. Und es ignoriert ein breites gesellschaftliches Gerechtigkeitsempfinden, dass in der Krise den unverschuldet in Schieflage geratenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zuerst geholfen werden muss. Das Geld muss deutlich zielgerichteter eingesetzt werden – für die, die es am meisten brauchen.

Wir brauchen umfassende Unterstützungen für diejenigen, die ohne eigenes Zutun in die Energie-Kostenfalle geraten sind – weil die Vermieter ungedämmter Häuser nicht in moderne Heizungsanlagen investiert haben. Wir brauchen Unterstützung für diejenigen, die tagtäglich zu ihrem Niedriglohnjob in ihrem alten, spritfressenden Auto pendeln müssen, weil kein Bus fährt. Und wir brauchen Unterstützung für diejenigen, die sich kein E-Auto leisten können.



Die Energiesparkkampagne der Bundesregierung mit ihren vielen Tipps und Tricks ist zwar gut und noch öfter gut gemeint. Jedoch verkennt sie die Situation vieler, deren Geldbeutel nicht für neue, moderne Elektrogeräte ausreichen, da sie ohnehin kaum über die Runden kommen. Gerade hier bedarf es vielfältiger staatlicher Unterstützung auf allen administrativen Ebenen.

### Unterstützung wirkt vor Ort unmittelbar

Auf die Bundes- und Landespolitik allein können und sollten wir uns nicht verlassen. Wir haben die Möglichkeit, mit dem entsprechenden Willen vor Ort zielgerichtet Hilfe zu leisten.

- **Unterstützung durch die Entega:** Unser Regionalversorger hat eine Gemeinwohlverpflichtung und wirtschaftet mit solidarischer Verantwortung für die Menschen in unserer Region. Deshalb sollte die Entega dem Münchner Beispiel folgen und einen Hilfsfonds aufsetzen, der besonders betroffene Haushalte schützt. Der Hilfsfonds soll aus Übergewinnen der Entega aus Strom und Gas gespeist werden.
- **Energiegeld:** Kassel gibt allen Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt 75 Euro zur Abmilderung der hohen Energiekosten. Darmstadt hat ebenfalls diese finanziellen Mittel. Das Geld sollte allerdings dem Prinzip der Solidarität folgend und nur an diejenigen gehen, die es wirklich benötigen.
- **Kündigungsmoratorium:** Keine Bürgerin und kein Bürger darf die Wohnung aufgrund hoher Nachzahlungen verlieren. Für städtische Gesellschaften fordern wir ein Kündigungsmoratorium. Ein solches Moratorium an Hilfen von Bund und Land zu koppeln, wie es Oberbürgermeister Jochen Partsch (Grüne) getan hat, ist der falsche Weg. Die Stadt muss in Eigenverantwortung handeln.
- **Verbot von Gas- und Stromsperren:** Niemandem darf in dieser Notlage der Strom- oder Gasanschluss gesperrt werden.
- **Energieberatung für Geringverdienende:** Auch hier dem Vorbild München folgend wollen wir den Schwerpunkt bei der Energieberatung auf kleine und mittlere Einkommen legen. Die Beratung umfasst neben realistischen Energieeffizienzmaßnahmen auch die Angebotspalette finanzieller Förderungen beim Verbrauch. Das städtische Angebot des Modernisierungskonvois, das sich ausschließlich an Immobilienbesitzer richtet, reicht dafür nicht aus.
- **Regionales ÖPNV-Modell:** Wir sollten uns unabhängig von bundespolitischen Entscheidungen zur Unterstützung der individuellen Mobilität machen und unser eigenes 300-Euro-Jahresticket für den regionalen öffentlichen Nahverkehr vorantreiben. Auch der ständige und nicht verstehbare Wechsel zwischen regionalen Tarifen muss endgültig der Vergangenheit angehören.
- **Mietenbremse:** Darmstadt ist eine attraktive Stadt. Dementsprechend hoch sind die Mieten. 20 Prozent der Darmstädter geben mehr als die Hälfte ihres Einkommens für die Miete aus – bereits bei einem Drittel des Einkommens sprechen Expertinnen und Experten von einer Schieflage. Dieser Anteil darf nicht weiter steigen. SPD-geführte



Städte machen es vor – mit Mietendeckeln, Erhaltungssatzungen, Abwendungsvereinbarungen, sozialer Bodennutzung und vielem mehr. Das kommunale Mietrecht ist ein scharfes Schwert, das wir nutzen wollen, damit die Kaltmieten nicht weiter ansteigen.

- **Günstige Kreditvergabe und staatliche Bürgschaften:** Die Krise erfordert das Vorziehen der Investitionen der Unternehmen in klimafreundliche Technologien. Spätestens seit dem Green Deal der EU ist aber klar, dass investiert werden muss. Gerade Handwerksbetriebe benötigen Subventionen und eine ausreichende Mittelausstattung, um Klimaschutzinvestitionen zu tätigen.
- **Kommunale Ausbildungsinitiative:** Der Fachkräftemangel ist derzeit einer der größten Bremsklötze der Energiewende. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, bedarf es auch auf kommunaler Ebene gemeinsame Initiativen von Wirtschaft und Politik, um mittelfristig den Mangel zu beseitigen.

Eins ist vollkommen klar: Darmstadt muss jetzt handeln. Wir können es schaffen, die Energiekrise für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger ohne dickes Konto deutlich abzumildern. Energiearmut ist ein reales Problem in unserem Land geworden. Es stimmt: Die beste Kilowattstunde ist die, die nicht verbraucht wird. Gleichzeitig ist es unzumutbar, den Menschen zu Wolldecken und Kaltduschen zu raten. Daseinsvorsorge heißt: Alle Menschen werden gleichermaßen und diskriminierungsfrei mit Energie und anderen Grundbedürfnissen des alltäglichen Gebrauchs versorgt. Dabei darf der soziale Status keinen Unterschied machen. Niemand soll im Winter frieren oder im Dunkeln sitzen, während andere sich die aufgeheizten Wohnzimmer leisten können. Dafür zu sorgen, ist auch Aufgabe der kommunalen Politik.

Hierfür stehen wir.

Tim Huß

Hanno Benz

26. August 2022